

Germany-Kaiserslautern: Architectural, engineering and planning services

OJ S 109/2019 07/06/2019

Contract notice**Services****Legal Basis:**

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch das Ministerium der Finanzen, vertreten durch den Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung, Niederlassung Kaiserslautern, vertreten durch die Niederlassungsleitung

Postal address: Rauschenweg 32

Town: Kaiserslautern

NUTS code: DEB32 Kaiserslautern, Kreisfreie Stadt

Postal code: 67663

Country: Germany

Contact person: LBB NL Koblenz, Zentrale Vergabestelle FbT, Hofstraße 257a, 56077 Koblenz

E-mail: VOFVergabe.Koblenz@LBBnet.de

Telephone: +49 2619701-0

Fax: +49 2619701-444

Internet address(es):

Main address: <http://www.LBBnet.de>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDYB06/documents>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDYB06>

Tenders or requests to participate must be submitted to the abovementioned address

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

Economic and financial affairs

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement**II.1.1. Title**

Hochschule Kaiserslautern, Campus Zweibrücken, Sanierung und Erweiterung Reinraum Geb. L 19D0258 – Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. Teil 3 Abschnitt 1 HOAI

II.1.2. Main CPV code

71240000 Architectural, engineering and planning services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Die Leistungen des Auftragnehmers umfassen die Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. Teil 3 Abschnitt 1 HOAI für den Neubau eines Erweiterungsbaus für den Reinraum des Gebäudes L, an der Hochschule Kaiserslautern Campus Zweibrücken, Leistungsphasen (LPH) 2-9 (LPH 2, 3, 4, 6, 7 und 8 in Teilen) gem. § 34 HOAI, ergänzt durch Besondere Leistungen.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DEB3A Zweibrücken, Kreisfreie Stadt

II.2.4. Description of the procurement

Ziel des Vergabeverfahrens ist die Vergabe von Objektplanungsleistungen Gebäude, Leistungsphasen 2-9 ergänzt durch besondere Leistungen, für den Neubau eines Erweiterungsbaus für den Reinraum des Gebäudes L, an der Hochschule Kaiserslautern Campus Zweibrücken.

Der Reinraum am Standort Zweibrücken der Hochschule Kaiserslautern wurde 1998 fertiggestellt und im Folgejahr mit zahlreichen Großgeräten ausgestattet. Er diente zunächst vor allem der Lehre im Studiengang Mikrosystemtechnik. Zunehmend wurde er auch für die angewandte Forschung der Mikrosystemtechnik-Professoren genutzt. Inzwischen finden Lehrveranstaltungen für die 3 Bachelor-Studiengänge Mikro- und Nanotechnologie, Applied Life Sciences und Technische Betriebswirtschaft sowie die 2 Master-Studiengänge Mikrosystem- und Nanotechnologie und Applied Life Sciences statt. Durch die steigenden Drittmiteinnahmen nutzen den Reinraum aktuell etwa 20 Projektmitarbeiter (darunter ca. 10 Doktoranden) sowie jährlich ca. 15 Studenten für ihre wissenschaftlichen Abschlussarbeiten. Hinzu kommen noch zahlreiche externe Nutzer in Forschung und Lehre. Zusätzlich zu der steigenden Nutzerzahl haben sich auch die Arbeitsbereiche inhaltlich und thematisch weiterentwickelt und erweitert. Wissenschaftliche und technische Entwicklungen haben vor allem zu einem Ausbau der angewandten Forschung und Lehre in Richtung Nanotechnologie geführt.

Die Reinraumtechnik ist inzwischen veraltet und teilweise defekt. Sie kann nur sehr aufwändig repariert und an die neuen Anforderungen angepasst werden. Aus technischen Gründen ist eine Schließung des Reinraums während der Sanierungszeit nicht zu vermeiden, da wesentliche Teile der Reinraumtechnik erneuert werden müssen. Diese lange Schließungszeit würde den Lehr- und Forschungsbetrieb erheblich behindern, wenn nicht sogar unmöglich machen.

Für die Zeit der Sanierung des alten Reinraums ist deshalb die Errichtung des Ergänzungsneubaus unabdingbar. Der Ergänzungsneubau wird die einzige Möglichkeit sein, um die entsprechenden Forschungsarbeiten und studentischen Labore durchführen zu können. Er muss deshalb alle wesentlichen Funktionsbereiche des jetzigen, alten Reinraums enthalten. Allerdings ist der Ergänzungsneubau wegen der hohen Baukosten wesentlich kleiner geplant als laut Flächenbedarfsermittlung rechnerisch der HS Kaiserslautern zustünde. Der Ergänzungsneubau wird ohne Büroräume für die Labormitarbeiter geplant – deshalb hat

man sich auf die Umsetzung einer Reinraumbrücke geeinigt, welche die beiden Reinraumeinheiten miteinander verbindet und somit einen ungehinderten Verbindungsgang bildet. Um den Lehr- und Forschungsbetrieb in einer akzeptablen Weise aufrechtzuerhalten zu können, ist diese Verbindung notwendig.

Das Gesamtbauvorhaben umfasst die Sanierung des Bestandsreinraums im Gebäude L sowie den Neubau des Erweiterungsreinraums mit insgesamt 985 m² NUF 1-6.

Diese Fläche ist unterteilt in die Sanierung des Bestandsreinraums mit 356 m² NUF 1-6 und den neu zu errichtenden Erweiterungsbau mit 629 m² NUF 1-6.

Gegenstand der zu erbringenden Leistungen sind die Objektplanungsleistungen Gebäude für den Neubau des Erweiterungsbaus.

Geschätzte Herstellungskosten für den Neubau des Erweiterungsbaus:

KG 300: ca. 2,85 Mio. EUR netto und

KG 400: ca. 4,27 Mio. EUR netto.

Geschätzte Herstellungskosten für die Sanierung des Bestandreinraumes:

KG 300: ca. 0,17 Mio. EUR netto und

KG 400: ca. 1,82 Mio. EUR netto.

Die Planungsleistungen für die Sanierung des Bestandreinraums werden einschließlich der KG 300 im Rahmen der TGA-Planung erbracht.

Die Ergebnisse der Sanierungsplanung des Bestandreinraums (aufgestellt durch den Fachplaner TGA) sind in die HU-Bau, sowie in die Genehmigungsplanung des Gesamtkomplexes (Alt- und Neubau) einzuarbeiten.

Geplante Fertigstellung:

– Inbetriebnahme Erweiterungsbau: 26.9.2023,

– Inbetriebnahme Bestandsreinraum nach Sanierung: 30.9.2024.

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 72

This contract is subject to renewal: no

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged minimum number: 3 Maximum number: 5 Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt nach Prüfung der Vollständigkeit der nach III.1.1) bis III.

1.3) vorzulegenden Erklärungen und Nachweise auf der Grundlage einer einheitlichen

Bewertungsmatrix, welche in den Vergabeunterlagen („Aufforderung zum

Teilnahmewettbewerb“) aufgeführt und näher erläutert ist. Folgende Eignungskriterien werden

gewertet: Jahresumsatz, Jahresumsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags,

Beschäftigtenzahl, Zahl der Fach- und Führungskräfte der Fachrichtung Objektplanung

Gebäude und Innenräume, Anzahl und Qualität der Referenzen, Maßnahmen zur

Qualitätssicherung.

Die Bewerber mit der höchsten Bewertung werden zur Verhandlung aufgefordert. Bei

Punktgleichheit von mehr als 5 Bewerbern entscheidet das Los über die Teilnahme am weiteren Verhandlungsverfahren.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

Der AG behält sich eine stufenweise Beauftragung der einzelnen Leistungen entsprechend RBBau-Vertragsmuster vor. Die in den einzelnen Leistungsstufen zu erbringenden Grundleistungen der Leistungsphasen (LPH) nach § 34 HOAI gliedern sich wie folgt: Leistungsstufe 1 (LPH 2, 3 und 4), Leistungsstufe 2 (LPH 5 und 6), Leistungsstufe 3 (LPH 7), Leistungsstufe 4 (LPH 8) und Leistungsstufe 5 (LPH 9).

Es ist beabsichtigt die o. g. Leistungen stufenweise zu beauftragen (Stufenvertrag). Ein Rechtsanspruch auf Übertragung der weiteren Leistungen sowie der besonderen Leistungen besteht nicht.

Bei stufenweiser Beauftragung kann der AN den Vertrag innerhalb einer Frist von einem Monat kündigen, wenn der AG die Leistungen für die jeweils folgende Stufe nicht innerhalb einer angemessenen Frist abrufen. Eine solche angemessene Frist endet im Regelfall nicht vor Ablauf von 6 Monaten nach vollständiger Erfüllung der Leistungen der vorangegangenen Stufe.

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Zu Ziffer II.2.7) Laufzeit des Vertrags:

Die genannte Vertragslaufzeit beinhaltet nicht die Dauer von 4 Jahren für den Anspruch auf Mängelbeseitigung gem. § 13 Abs. 4 VOB/B.

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Vorlage eines aktuellen Auszugs aus dem einschlägigen Berufs-, Handels- oder Partnerschaftsregister (nicht älter als 2 Monate vor dieser Bekanntmachung) oder in Ermangelung eines solchen, eine aktuelle Bescheinigung einer Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Ursprungs- oder Herkunftslandes, sofern die Gesellschaftsform dies erfordert.

Erklärung, ob die in den §§ 123 und 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) genannten Ausschlussgründe vorliegen (einschließlich der Ausschlussgründe nach § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes).

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Als Nachweis ist mit dem Bewerbungsbogen vorzulegen: eine aktuelle Versicherungspolice einer Berufshaftpflichtversicherung oder eine schriftliche Erklärung der Versicherung ohne Vorbehalte und nicht älter als 3 Monate, den geforderten Versicherungsschutz im Auftragsfall zur Verfügung zu stellen.

Der Auftragnehmer/die Arbeitsgemeinschaft muss eine Berufshaftpflichtversicherung während der gesamten Vertragszeit unterhalten und ist verpflichtet dem AG jährlich eine aktuelle Versicherungsbescheinigung vorzulegen. Er/Sie hat zu gewährleisten, dass zur Deckung

eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistungen pro Versicherungsjahr mindestens das Zweifache der Deckungssumme beträgt.

Bei einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) muss der Versicherungsschutz auf die ARGE ausgestellt sein. Alternativ kann eine gleichlautende Versicherung aller ARGE-Mitglieder vorgelegt werden, wenn gerade auch die Tätigkeit in einer ARGE mit Haftung für die gesamte ARGE mitversichert ist; aus der Bescheinigung muss eindeutig hervorgehen, dass diese Tätigkeit in einer ARGE mit Außenhaftung für die gesamte ARGE enthalten ist.

Erklärungen des Bewerbers (Einzelunternehmen bzw. Bewerbergemeinschaft) gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV über den allgemeinen Jahresumsatz und den spezifischen Jahresumsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags. Die Jahresumsätze der Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft bzw. der benannten Nachunternehmer, welche die Leistungen tatsächlich erbringen, werden aufaddiert

Minimum level(s) of standards possibly required:

Berufshaftpflichtversicherung des Auftragnehmers/der Arbeitsgemeinschaft mit einer Deckungssumme von mind. 2 000 000 EUR für Personenschäden und von mind. 2 000 000 EUR für sonstige Schäden bei einem, in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens oder Kreditversicherers.

Der allgemeine Mindestjahresumsatz (brutto) der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre muss mind. 360 000 EUR pro Jahr betragen und der spezifische Mindestumsatz brutto im Tätigkeitsbereich des Auftrags (Fachplanung Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. Teil 3 Abschnitt 1 HOAI) der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre muss mind. 240 000 EUR pro Jahr betragen.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Zum Nachweis der fachlichen Eignung hat der Bewerber Nachweise und Erklärungen gem. § 46 Abs. 3 Nrn. 1, 2, 3, 6, 8, 9, 10 VgV, wie nachfolgend näher beschrieben, einzureichen.

Entsprechende Formblätter werden mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellt.

Die nachfolgend im Einzelnen aufgeführten technischen Fach- und Führungskräfte sind gem. § 46 Abs. 3 Nrn. 2 und 6 VgV namentlich zu benennen und mit beruflicher Qualifikation anzugeben:

- der Projektleiter (PL),
- der Bauleiter (BL),
- den verantwortlichen Projektbearbeiter (PB).

Die in den Mindeststandards geforderten beruflichen Qualifikationen sind nachzuweisen.

Für den Bewerber/das Unternehmen, den Projektleiter und den Bauleiter sind aussagekräftige projektbezogene Referenzunterlagen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge einzureichen. Es werden alle Referenzen über einschlägige Dienstleistungsaufträge berücksichtigt, die in den letzten 10 Jahren (Beginn ab 1.1.2008) erbracht wurden und die geforderten Mindeststandards erfüllen.

Zu den Referenzprojekten sind folgende Mindestangaben über ein Projektdatenblatt abzugeben:

- a) Kurzbezeichnung der Baumaßnahme;
- b) Auftraggeber mit Name und Anschrift;
- c) Anteilige Fläche der Reinraumbereiche (NUF 1-6 nach DIN 277);
- d) erbrachte Leistungsphasen;
- e) Leistungszeitraum (von/bis);

f) Rechnungswert (Honorar, netto).

Der Bewerber hat des Weiteren eine Erklärung abzugeben, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers in den letzten 3 Jahren sowie die Zahl seiner Fach- und Führungskräfte in der Fachrichtung Objektplanung Gebäude und Innenräume ersichtlich ist (§ 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV).

Der Bewerber hat eine Erklärung beizufügen aus der hervorgeht, über welche Ausstattung, welches Gerät und welche technische Ausstattung er für die Dienstleistung verfügt (§ 46 Abs. 3 Nr. 9 VgV).

Der Bewerber hat die Maßnahmen zur Qualitätssicherung zu beschreiben (§ 46 Abs. 3 Nr. 3 VgV) und anzugeben, welche Teile des Auftrages er unter Umständen als Unterauftrag zu vergeben beabsichtigt und – soweit bekannt – die Namen der vorgesehenen Unterauftragnehmer zu nennen (§§ 46 Abs. 3 Nr. 10, 36 VgV).

Minimum level(s) of standards possibly required:

Der PL muss eine abgeschlossene Hochschulausbildung (Dipl.-Ing. Univ./TU/TH/FH bzw. Bachelor oder Master) der Fachrichtung Objektplanung Gebäude und Innenräume und eine Berufserfahrung von mind. 3 Jahren in der Fachrichtung nach Studienabschluss nachweisen.

Der BL muss eine abgeschlossene Hochschulausbildung (Dipl.-Ing. Univ./TU/TH/FH bzw. Bachelor oder Master) der Fachrichtung Objektplanung und Innenräume und eine Baustellenpraxis von mind. 3 Jahren in der Fachrichtung nach Studienabschluss nachweisen.

Der PB muss mind. den Abschluss als staatlich geprüfter Techniker der Fachrichtung Hochbau nachweisen.

Für die Referenzobjekte gelten folgende Mindestanforderungen:

Bewerber/das Unternehmen

Wertungskriterium:

Mind. 1 Referenz über die Planung, Ausschreibung und Objektüberwachung (LPH 3-8 § 34 HOAI) für den Neubau eines Forschungs- bzw. Institutsgebäudes mit Reinraumnutzung von mind. 400 qm NUF (anteilige Fläche für Reinraumbereiche, Servicefläche und zugehöriger Peripherieräume).

Aktueller Leistungsstand der Referenz: mind. LPH 8 (Objektüberwachung) oder Bauausführung abgeschlossen.

Projektleiter (PL)

Mind. 1 Referenz über die Planung, Ausschreibung und Objektüberwachung (LPH 3-8 § 34 HOAI) für den Neubau eines Forschungs- bzw. Institutsgebäudes mit Reinraumnutzung von mind. 400 qm NUF (anteilige Fläche für Reinraumbereiche, Servicefläche und zugehöriger Peripherieräume).

Aktueller Leistungsstand der Referenz: mind. LPH 8 (Objektüberwachung) oder Bauausführung abgeschlossen.

Bauleiter (BL)

Mind. 1 Referenz über die Ausschreibung und Objektüberwachung (LPH 6-8 § 34 HOAI) für den Neubau eines Forschungs- bzw. Institutsgebäudes mit Reinraumnutzung von mind. 400 qm NUF (anteilige Fläche für Reinraumbereiche, Servicefläche und zugehöriger Peripherieräume).

Aktueller Leistungsstand der Referenz: mind. LPH 8 (Objektüberwachung) oder Bauausführung abgeschlossen.

Die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers in den letzten 3 Jahren muss mind. 4 Beschäftigte betragen.

Die durchschnittliche jährliche Zahl seiner Fach- und Führungskräfte der Fachrichtung Objektplanung Gebäude und Innenräume in den letzten 3 Jahren muss mind. 3 Beschäftigte betragen.

Für die Ausführung des Auftrags sind EDV-Schnittstellen zum Datenaustausch von CAD-Zeichnungen (mind. DXF u. DWG) und Leistungsverzeichnissen (mind. GAEB 1990) erforderlich.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.1. Information about a particular profession

Execution of the service is reserved to a particular professionReference to the relevant law, regulation or administrative provision:

Teilnahmeberechtigt sind nach § 75 VgV natürliche Personen, die nach dem für die Auftragsvergabe geltenden Landesrecht berechtigt sind, die Berufsbezeichnung Architekt zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden. Ein entsprechender Nachweis ist vorzulegen.

Juristische Personen oder Bewerbergemeinschaften sind teilnahmeberechtigt, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen nennen, der die vorgenannten Anforderungen erfüllt.

Auswärtige Bewerber mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erfüllen die fachliche Voraussetzung für ihre Bewerbung, wenn ihre Berechtigung zur Führung der benannten Berufsbezeichnung nach der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU, gewährleistet ist.

III.2.2. Contract performance conditions

Die Teilnahme von Bewerbergemeinschaften ist unter der Voraussetzung zulässig, dass diese im Auftragsfall die Form einer Arbeitsgemeinschaft annehmen, einen bevollmächtigten Vertreter bestimmen und sich vertraglich zur gesamtschuldnerischen Haftung verpflichten (siehe Bewerbungsbogen zum Teilnahmewettbewerb).

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.5. Information about negotiation

The contracting authority reserves the right to award the contract on the basis of the initial tenders without conducting negotiations

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 05/07/2019 Local time: 23:59

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

1) Bewerbergemeinschaften (BGen)

BGen, die sich erst nach der Einreichung des Teilnahmeantrages gebildet haben, werden nicht zugelassen. Mehrfachbewerbungen einzelner Mitglieder einer BGen sind unzulässig u. führen zum Ausschluss aller betroffenen BGen.

Für jedes Mitglied der BG ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Bewerbungsbogen einzureichen. Liegt bei einem Mitglied einer BG ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB od. ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vor, so muss dieses Mitglied ersetzt werden.

Bei BGen sind nur ein Projektleiter und ein Bauleiter zu benennen. Die Leistungsabgrenzung innerhalb der BG ist darzustellen;

2) Eignungsleihe (§ 47 VgV)

Beabsichtigt der Bewerber im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche u. finanzielle sowie die technische u. berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten eines anderen Unternehmens in Anspruch zu nehmen u. erfüllt dieses Unternehmen die entsprechenden Eignungskriterien nicht od. liegt bei diesem Unternehmen ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB od. ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vor, so muss dieses Unternehmen ersetzt werden. Für jedes Unternehmen, dessen Kapazitäten in Anspruch genommen werden sollen, ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Bewerbungsbogen einzureichen. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Kapazitäten des anderen Unternehmens zur Verfügung stehen, hat er eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen;

3) Unteraufträge (§ 36 VgV)

Beabsichtigt der Bewerber eine Unterauftragsvergabe, so hat der Bewerber die Teile des Auftrags, die er an Dritte zu vergeben beabsichtigt, u. – soweit bekannt – die Namen der vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen. Der Bewerber hat mit dem Teilnahmeantrag im Bewerbungsbogen Angaben zu den vorgesehenen Unterauftragnehmern u. dessen Vertretern sowie Erklärungen zum Vorliegen von Ausschlussgründen zu machen. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen, hat er vor Zuschlagserteilung entsprechende Verpflichtungserklärungen vorzulegen;

4) Vergabeunterlagen/Teilnahmeantrag

Für den Teilnahmeantrag sind die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Formulare bzw. die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) zu verwenden u. bei der unter Ziffer I.1) angegebenen Kontaktstelle vollständig ausgefüllt, elektronisch in Textform (§ 126b BGB) u. in deutscher Sprache über den Vergabemarktplatz Rheinland-Pfalz (VMP RLP) www.vergabe.rlp.de einzureichen. Die Unterlagen sind im Projektraum im Bereich „Teilnahmeanträge“ hochzuladen.

Eine Unterschrift od. Signatur auf dem Bewerbungsbogen ist nicht erforderlich. Es ist jedoch zwingend an der dafür vorgesehenen Stelle der Name der bevollmächtigten, natürlichen Person anzugeben, die für den Bewerber die Eigenerklärung abgibt.

Der Teilnahmeantrag muss die im Bewerbungsbogen geforderten Erklärungen u. Nachweise enthalten. Die Angaben sind wahrheitsgemäß zu machen. Änderungen des Bewerbers an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

Nicht form- u. fristgerecht od. in Papierform eingereichte Teilnahmeanträge/Bewerbungsbögen u. Unterlagen bzw. formlose Anträge, die nicht unter Verwendung der Formulare des Auftraggebers bzw. der EEE gestellt werden, werden vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen;

5) Erhalt der Vergabeunterlagen/Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb

Die Vergabeunterlagen werden ausschließlich auf dem VMP RLP www.vergabe.rlp.de zur Verfügung gestellt. Diese können dort kostenlos bis zum Schlusstermin für den Eingang der Angebote od. Teilnahmeanträge (vgl. Ziff. IV.2.2) heruntergeladen u. Nachrichten der Vergabestelle eingesehen werden. Es gelten hierfür die AGB des VMP RLP;

6) Kommunikation

Die Kommunikation erfolgt ausschließlich über den VMP RLP www.vergabe.rlp.de

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Postal address: Stiftstraße 9

Town: Mainz

Postal code: 55116

Country: Germany

E-mail: vergabekammer.rlp@mwvlw.rlp.de

Telephone: +49 6131162234

Fax: +49 6131162113

Internet address: <http://www.mwvlw.rlp.de>

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Gemäß § 160 Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist ein Verstoß gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen nach Erkenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften:

1) die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen;

2) die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

Bei Zurückweisung einer Rüge beträgt die Frist für die Beantragung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen.

VI.5. Date of dispatch of this notice

05/06/2019